

## **SPEZIALDEBATTEN**

### **ÖVP**

#### **Gemeinderat Harry P O G N E R**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren auf der Zuhörertribüne! Ich möchte heute den Fokus ein wenig auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Haus lenken. Mitarbeiter sind das wichtigste Gut eines Unternehmens. Mitarbeiter funktionieren wie eine Fußballmannschaft – je besser die Spieler, desto größer der Erfolg. Aber gute oder teure Spieler alleine sind noch lange keine wirklich erfolgreiche Mannschaft, hier gilt es zusammenzuarbeiten, wenn alle, vom Zeugwart bis zum Präsidenten, an einem Strang ziehen und den möglich noch in der gemeinsamen gleichen Richtung, dann wird die Mannschaft Erfolg haben und dann wird das Team bestehen und darauf sollte der Fokus gerichtet sein.

Die Mitarbeiter sind der Schlüsselfaktor in jedem Unternehmen. Sie vollbringen die tägliche Arbeit. Von der Reinigungskraft bis zum Magistratsdirektor oder dem CEO, alle sind an ihrer Positionen und erbringen dort ihre Leistungen.

So wie bei der Fußballmannschaft muss uns vor dem ersten Spiel klar sein, es muss trainiert und analysiert werden.

Diese Aufgabe übernehmen die Trainer – nennen wir doch einfachheitshalber AbteilungsleiterInnen.

MitarbeiterInnen zu führen und zu motivieren steht, neben der fachlichen Vorgabe, natürlich im Mittelpunkt aller AbteilungsleiterInnen und da gibt es verschiedene Führungsstile (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), Führungstechniken.

Da gibt es Zielvereinbarungen, wo Mitarbeiter miteingebunden werden, wo das sogar gewünscht wird, dass die mitmachen und dass sie sich einbringen. Und dann gibt es Führungstechniken, wo das eben gerade nicht der Fall ist, wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Möglichkeit haben, sich einzubringen. Dieses traditionelle Menschenbild wurde das erste Mal vor rund 100 Jahren beschrieben.

Da hieß es damals, der Mensch scheut grundsätzlich die Arbeit, er geht ihr nur nach, um seinen Lebensunterhalt, um seinen Lebensstil zu erhalten. Daher sollten die ArbeiternehmerInnen mit Strenge erzogen werden.

Von diesem Bild, von dieser Blickrichtung haben wir uns, Gott sei Dank, schon verabschiedet. Obwohl da und dort noch einmal so ein kleiner Ausrutscher in die Vergangenheit passieren. Für das Team bringt also die Gemeinsamkeit, ein kooperativer Führungsstil wesentlich mehr als ein patriarchalischer. Wenn die Trainer dies berücksichtigen, dann kann das ein entscheidender Schritt zur Motivation sein.

Motivationsforscher haben hauptsächlich zwei Dinge festgestellt und bezeichnet, was Führungskräfte haben müssen, was sie haben sollen. Führungskräfte sollen exzellent vorleben und einfordern und die Mitarbeiter anständig behandeln. No na, das sagt uns eigentlich der Hausverstand, würde ich einmal meinen.

Gründe, warum Führungskräfte oft nicht so gesehen werden, sagen die Motivationsforscher, dass Vorgesetzte oft nicht als solche empfunden werden, dass ihnen die Aufmerksamkeit fehlt, dass unterschiedliche Bedürfnisse nicht erkannt werden und dass auf Erwartungen und Wünsche nicht eingegangen wird. Und dass sie vor allem nie systemisch gelernt haben, Menschen zu führen. Gute Führungskräfte müssen auf Interessen und Sehnsüchte eingehen können, MitarbeiterInnen individuell behandeln und jeden Tag in der Lage sein, dass sie Fairness und Leistung anerkennen und auch mit den MitarbeiterInnen vereinbaren.

Grundsätzlich, sage ich einmal, werden unsere Führungskräfte im Haus Graz, dies alles berücksichtigen. Wir haben motivierte MitarbeiterInnen und die sind unser wertvollstes und teures Kapital, das es sich zu pflegen lohnt (*Applaus ÖVP*).

Dass MitarbeiterInnen im wahrsten Sinne des Wortes unser „teuerstes“ Kapital sind, das zeigt ein Blick in das Budget. Die Personalkosten umfassen den Löwenanteil unserer Budgetpositionen.

Nicht selten werden daher in Krisenzeiten – auch bei Kommunen oder Unternehmen – harte Strukturmaßnahmen gefordert und rigorose Kostensenkungen eingefordert, wenn es einmal eng wird, damit die negativen Zahlen nicht so dramatisch gesehen werden und da sind oft leidtragend die Bediensteten.

In Graz hat man sich zeitgerecht eines anderen Weges besonnen und hat ihn beschritten. Hier wurde mit der Aufgabenkritik ein ganz maßgeblicher Punkt gefunden, wo die MitarbeiterInnen einen bedeutenden Anteil an der Budgetsanierung beigetragen haben. 2010 hat man hier im Hause, hier bei uns im Gemeinderat, wir haben es beschlossen, das Haus Graz neu geordnet, neue Strukturen wurden geschaffen und das ist auch ein Zeichen, das vielen wiederum nicht gefallen hat, wie in einer Fußballmannschaft, wenn der Vorstand was entscheidet, dann gibt es ein paar, denen das nicht passt und denen passt es zum Teil bis heute nicht.

Ein großer Umbau, der nicht immer völlig problemlos abläuft, aber wir sagen, dass wir sind auf dem richtigen Weg und Synergien beginnen zu greifen.

Die Ziele dieser Umstrukturierung, die für unsere Bürgerinnen und Bürger auch zu Verbesserungen beim Service geführt haben, waren und sind nach wie vor eine nachhaltige Ergebnisverbesserung, eine transparentere Steuerung, klare Strategien bei Finanzen und Leistungen.

So wurden unter der politischen Verantwortung vier Bereiche neu gestaltet. Die Hoheits- und Förderungsverwaltung, die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die Shared Services und als vierten Bereich die Marktleistungen.

Daraus ergeben sich auch für das Personal neue Möglichkeiten einer erweiterten Arbeitswelt. Der interne Arbeitsmarkt hat bereits begonnen, die MitarbeiterInnen im Haus Graz haben nunmehr die Möglichkeiten, sich an einem größeren Arbeitsgebiet neu zu organisieren. Wurde bereits begonnen und die MitarbeiterInnen im Haus Graz haben nunmehr zusätzlich die Möglichkeit, sich in einem größeren Arbeitsgebiet orientieren zu können.

Mit der neuen Struktur des Hauses Graz konnten Synergien besser genutzt werden, der Personalbedarf kann bereichsübergreifend geplant werden und die Strukturanpassungen haben unterm Strich auch ergeben, dass es Personalkosten gesenkt hat (*Applaus ÖVP*).

Wie schon erwähnt, hat das Personal maßgeblich zur Konsolidierung des Budgets beigetragen. Hier gilt einmal der Dank den Bediensteten in erster Linie, die sich da wirklich gut eingebracht haben, der Personalvertretung und den Entscheidungsträgern bei uns in der Stadt, die mutig und mit Augenmaß die Umstrukturierungen vollzogen haben, und hier darf ich erwähnen unseren Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und unser Personal- und Finanzstadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Einem Danke folgt auch gleich eine Bitte.

Die Stadtverwaltung – ja das gesamte Haus Graz – hat Potential, sich noch weiter zu entwickeln, sich noch zu verbessern. Dieses Potential muss gehoben werden. Die MitarbeiterInnen haben Fähigkeiten, die ihnen manche Führungskräfte gar nicht zutrauen. Mehr Vertrauen in die Leistungen und den Einsatz jedes und jeder Einzelnen und dann wird das gute Unternehmen Stadt Graz ein exzellentes Unternehmen Stadt Graz werden.

Dafür müssen nur einige wenige Parameter besser beachtet werden, die teilweise schon recht gut funktionieren.

Die Politik soll die Richtung vorgeben, die AbteilungsleiterInnen sollen sich konzentrieren auf die Menschenführung und ihren fachlichen Bereich und die

Kolleginnen und Kollegen im Magistrat mit ihrem Know-how diese Vorgaben umsetzen. Dazu kommt noch, dass wir unbedingt auch brauchen eine Kommunikation von oben nach unten, bis zum letzten Mann hinunter und bis zur letzten Reinigungsfrau, aber auch von unten nach oben, die Information, die dann wieder zurück und retour kommen soll.

Die Stadt Graz ist ein guter Dienstgeber, liebe Frau Kollegin Bergmann, da bin ich anderer Ansicht als Sie und das spiegelt sich durchaus in den Möglichkeiten wider, die die Bediensteten bei uns haben. Abgesehen von der Sicherheit des Arbeitsplatzes haben wir mit der Einführung der Telearbeit Möglichkeiten geschaffen, oder das Freijahr oder Teilzeitmöglichkeiten bieten wir in der Stadt an, das sind alles Angebote, die eine größtmögliche Flexibilität zulassen (*Applaus ÖVP*).

Wenn wir heute das Budget für die Jahre 2013 und 2014 beschließen, dann bedeutet das ebenso, dass in vielen Bereichen Veränderungen kommen werden, wir die Herausforderungen und die politischen Verantwortungen übernehmen müssen und das werden auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spüren.

Und da komme ich nochmals zur Frau Kollegin Bergmann, die heute gesagt hat, die Daseinsvorsorge wurde ausgelagert. Ich darf richtigstellen. Die Daseinsvorsorge wurde neu organisiert, sie ist zu 100 % in der Stadt Graz, sie gehört zu 100 % den Bürgerinnen und Bürgern und wir sind die Vertreter dieser Bürgerinnen und Bürger, wir sitzen da, wir entscheiden hier. Der Dienstpostenplan, ja ich habe die großen Veränderungen nicht erkennen können. Wenn es große Veränderungen geben würde, dann könnte man vielleicht darauf schließen, dass wir die Stadt Graz kaputtsparen. Keine Ahnung, nichts gesehen davon, wir sparen die Stadt nicht kaputt. Und zu guter Letzt zu Ihrer Mogelpackung, die Sie heute dem Herrn Bürgermeister übergeben haben, die disqualifiziert sich ja eh von selbst. 5.000 Bürgerinnen und Bürger mit Halbwahrheiten und falschen Angaben hinters Licht führen, Parteienförderung sagen und in Wirklichkeit da ein Theater abziehen, also da muss ich schon ganz ehrlich sagen, das ist ja wirklich ganz scharf. Die Parteienförderung ja,

wir haben sie verändert, es gibt einen Veränderungsvorschlag, den haben interessanterweise die KPÖ, die Grünen und der Pirat, die da am meisten davon profitieren, am lautesten hier heraussen geschrien. Es gibt die Möglichkeit, die Parteienförderung nicht anzunehmen oder sie zu spenden. Und dann gleich einmal der Vorschlag, wenn ich darauf gleich einmal eingehen darf, wir nehmen Ihre Ansichten und Ihre Wünsche durchaus ernst. Wenn die KPÖ sagt und die Grünen sagen und der Pirat sagt, wir wollen das, was wir mehr haben, spenden, kein Problem. Wir haben hier vorbereitet einen Abänderungsantrag, einen Abänderungsantrag wo draufsteht, sie brauchen für die KPÖ nur mehr einsetzen, wo sie das Mehr an dem, was Sie bekommen sollen, hinspenden wollen. Für die Grünen haben wir uns schon erlaubt hineinzuschreiben für die SozialCard, weil das habt ihr ja so gesagt und für Grünraum und Gewässer die Parteienförderung des Piraten, ist ok, habt ihr so wollen (*Applaus SPÖ*). Es fehlen nur mehr die Unterschriften. Wir haben nicht behauptet, dass wir das Mehr spenden, das haben wir nie gesagt, das kam nur von euch. Also Abänderungsantrag, ich lege ihn da her, die nächsten brauchen ihn einfach nur zu unterschreiben und dann beim Bürgermeister abgeben, so einfach ist das (*Applaus ÖVP*). Weil ich bin schon gespannt, wie das dann wird, wenn man auf der einen Seite sagt, nein, wir wollen die Parteienförderung nicht und auf der anderen Seite sind wir dann wahrscheinlich die Ersten, die es beantragen werden, aber ok, da hier gibt es den Abänderungsantrag, da kann man darauf eingehen.

Zu den Abänderungsanträgen, die eingebracht wurden, zu den Grünen. Dem Punkt 1 aus besagtem Grund werden wir nicht zustimmen, dem Punkt 2 stimmen wir gerne zu und natürlich auch den Abänderungsantrag des Herrn Piraten werden wir die Segel setzen lassen, dem stimmen wir nicht zu.

Aber jetzt nochmal schnell zurück zum Personal. Veränderungen in der internen Struktur haben schon begonnen und werden noch weitergehen und es wird noch einige Zeit so dahingehen, und räumliche Veränderungen meine ich da jetzt nicht nur, sondern auch strukturelle Veränderungen sind eine enorme Herausforderung. Als Beispiel kann man sagen, die Wohnungen zum Beispiel in einen Eigenbetrieb

umzuwandeln oder das neue Bildungsressort von unserem Stadtrat Eisel-Eiselsberg, das wird eine enorme Herausforderung. Wichtig bei all dem wird auch immer sein, wie werden die Bediensteten das mittragen können und da geht es um die Motivation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ein Projekt ist ja schon auf Schiene, ein Best Practice-Beispiel darf ich kurz erwähnen. Im Jugendamt wurde die Sozialraumorientierung nach anfänglichen Startschwierigkeiten eingeführt und ist durchaus erfolgreich. Wenn ich da hinaufschau, die Budgetreferentin des Jugendamtes kann davon sicher noch ein Lied singen, das ist spürbar im Budget, da gibt es Verbesserungen, da ist Geld jetzt übergeblieben bei gleich bleibender Leistung, also das muss man sagen, ein gutes Beispiel und Sozialraumorientierung beinhaltet das Wort Sozial, ich denke mir, wir sollten auch darüber nachdenken, warum wir die Sozialraumorientierung nicht beim Sozialamt auch machen, das sollten wir in Zukunft schon noch ausdiskutieren (*Applaus ÖVP*).

Und nochmal zurück zu unserer Fußballmannschaft. Wenn man das alles berücksichtigt und bedenkt, dann ist die Mannschaft gut aufgestellt, dann lohnt es sich doch, einen Blick in die Zukunft zu machen, ein Blick in die Zukunft, wenn man sagen kann, wie kann man Spieler noch besser, effektiver einsetzen. Ist es vielleicht auch von Vorteil, einmal einen Positionswechsel zu machen. Um dies richtig einschätzen zu können, sollte unsere Personalentwicklung strategisch neu ausgerichtet werden. Neue Ziele definieren, neue Wege gehen, das Personal kann dann noch effektiver miteingebunden werden. Mir würde eine Art der Personalentwicklung vorschweben, wo man im Vorfeld weiß, wo wird sich was verändern, wer geht in Pension, wo habe ich Personen und Persönlichkeiten, die diese Lücke dann ersetzen können. Wenn ich zeitgerecht darauf schaue, dass ich Personen auf die neuen Aufgaben hin vorbereite, das wäre eine Situation, das wäre eine Win-Win-Situation. Also Bedarf erkennen und die Personen und das Potential schon zu wissen, das wäre super, aber da brauchen wir den Weitblick des Cheftrainers (*Applaus ÖVP*).

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich komme schon zum Schluss. Abschließend ersuche ich um eine breite Zustimmung für das Budget 2013/2014.

Es ist ein Budget, das die Entwicklung unserer Stadt trotz aller Sparvorgaben mit Augenmaß weiterbringt.

Es ist ein Budget, das Investitionen und Arbeitsplätze sichert.

Und damit schließt sich unser Kreis bei einer erfolgreichen Fußballmannschaft genauso wie in unserer Stadt.

Mitarbeiter sind das wichtigste Gut eines Unternehmens – fordern und fördern wir sie! Sie erhalten dafür einen Arbeitsplatz, der sie stolz macht und mit Motivation erfüllen kann. Dankeschön und nicht vergessen, da unterschreiben bitte (*Applaus ÖVP*).



## K P Ö

### **Gemeinderat Manfred E B E R**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung und des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde kurz vor allem zu Fragen der Stadtentwicklung und des Verkehrs sprechen. Ich werde einen Satz noch zu meinem Vorredner sagen dürfen. Zunächst hoffe ich, dass ich deine überschrittene Redezeit nicht einsparen muss, weil sonst komme ich überhaupt nicht mehr zu Wort. Ich möchte aber sagen, weil du das angesprochen hast, die KPÖ profitiert ja von der Parteienförderung am meisten und von der Erhöhung. Die KPÖ profitiert deshalb am meisten, weil die KPÖ der größte Wahlgewinner im November war (*Applaus KPÖ*) und weil die Bevölkerung dieser Politik, die im Grazer Rathaus gemacht wird, damit auch eine klare Antwort gegeben hat (*Applaus KPÖ*).

Was hat die Bebauungsplanung mit dem Budget zu tun, was der Flächenwidmungsplan?

Die KPÖ setzt sich für eine soziale Stadtentwicklung ein, das heißt, die Stadt soll für die Menschen, die in ihr arbeiten, in ihr wohnen und ihr leben, da sein und nicht in erster Linie für die Investoren. Überschreitungen der Bebauungsdichte, Ausweisungen als Bauland - auch bei vorhandener Hochwasserproblematik - Umgehung des Altstadtschutzes – das sind nicht nur einige Schlagworte, das sind Fragestellungen, mit denen wir uns im Gemeinderat beziehungsweise in den zuständigen Fachausschüssen immer wieder auseinandersetzen müssen.

Ein Beispiel: Wenn ein stadtbekannter Bauherr auf jeder freien Wiese Reihenhäuser aufstellt, dann führt dies zu zahlreichen Problemen:

Verhüttelung mitten in der Stadt, Hochwasserprobleme durch die Bodenversiegelung, Vorrang für den motorisierten Individualverkehr statt für den öffentlichen Verkehr usw. Der Bauherr hingegen kann sich zumeist über lukrative Gewinne freuen.

Ein anderes Beispiel: Wenn Investoren, ebenso stadtbekannt, durch die sogenannte „Schließung von Baulücken“, wie das geschehen ist beispielsweise in der Oeverseegasse/Lissagasse oder auch am Schönaugürtel/Obere Bahnstraße Bauklötze hinpflanzen, gehen auf der anderen Seite wertvolle Lebensräume für die angrenzenden Bewohnerinnen und Bewohner verloren. Innenhöfe mit oft wertvoller Grünausstattung werden auch hier dem Profitinteresse geopfert.

Was bedeutet das nun für die Entwicklung unserer Stadt?

Grünräume, gerade in Zentrumsnähe, werden sukzessive zerstört, Nutzungskonflikte zwischen „alten“ und „neuen“ Bewohnerinnen und Bewohnern, zwischen Gewerbe- und Wohngebiet stehen quasi auf der Tagesordnung, fehlende Einrichtungen in vielen Stadtteilen sorgen dafür, dass fehlende konsumfreie Räume und Räumlichkeiten oft auch zu mangelnden sozialen Kontakten führen.

Die Tatsache, dass rund 40.000 Menschen in Graz armutsgefährdet und damit de facto von einer wirklichen Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben, auch von der Teilnahme am öffentlichen Verkehr, ausgeschlossen sind, sollte uns allen zu denken geben und hier gilt es gegenzusteuern.

Ich möchte mit damit aber nicht schwarz-zeichnen. Diese Stadt hat natürlich auch viel zu bieten. Aber wenn wir nicht heute schon genau hinsehen, wo sich soziale Probleme und Konflikte abzeichnen, vielleicht noch im Verborgenen zurzeit, zuspitzen, dann werden wir morgen ein böses Erwachen haben. Und hier geht es nicht, wie uns Kollege Frölich ja in seiner Budgetrede vorgeworfen hat, um eine klassenkämpferische Retropolitik, wie du es genannt hast, sondern hier geht es tatsächlich darum, wie es auch unser Herr Bürgermeister formuliert hat, um eine nachhaltige und ganzheitliche Betrachtungsweise.

Bei der Erstellung von Bebauungsplänen, aber auch in der Diskussion um Flächenwidmungspläne und Stadtentwicklungskonzepte, geht es oft – und oft in erster Linie – um die Sicherheit und auch um die Interessen für die Investoren.

Wer aber kümmert sich um die Anliegen und die berechtigten Interessen der AnwohnerInnen, der Menschen in unserer Stadt, denen es nicht so gut geht? Ich

meine, gerade diese Menschen benötigen eine starke Vertretung und diese Vertretung wollen wir sein, diese Vertretung sind wir.

Mit dem Wechsel der Verkehrsagenden von Frau Stadträtin Rücker zu Herrn Stadtrat Eustacchio sind vermutlich weniger aufregende Veränderungen zu erwarten, als manche vermuten möchte.

Die Umbenennung des Sonnenfelsplatzes von einem Shared Space in eine „Begegnungszone“ ist ja noch kein Hinweis auf eine radikale Änderung in der Grazer Verkehrspolitik.

Auch die Überlegungen der Rathauskoalition, gratis zwischen Hauptbahnhof und Jakominiplatz zu fahren - so zumindest sind Sie zitiert worden in der Kleinen Zeitung, Herr Stadtrat.

*Zwischenruf StR. Mag. Eustacchio: Kronen Zeitung.*

GR. **Eber:** Kronen Zeitung war es, Entschuldigung, bin ich dann schon gespannt, wie es wirklich ist. Oder auch wenn es darum geht, an Samstagen gratis zu fahren, so zielt es im Wesentlichen doch eher auf eine Tourismus- und Wirtschaftsförderung ab und nicht auf eine spürbare Entlastung der Menschen in unserer Stadt (*Applaus KPÖ*).

Dabei bräuchte Graz tatsächlich eine andere Verkehrspolitik, bräuchte Graz den Ausbau und die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, vor allem auch eine Senkung der Tarife. Wer meint, Schwarzfahren dadurch in den Griff zu bekommen, dass man nach 20.00 Uhr nur mehr vorne einsteigen darf und ein gültiges Ticket vorweisen muss, der irrt wahrscheinlich langfristig. Günstigere Tarife würden

vielleicht nicht nur den einen oder anderen an der Schwarzfahrt hindern, sie würden vor allem auch so manchen zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr animieren.

Zur Finanzierung brauchen wir eine Nahverkehrsabgabe. Diese soll aber nicht eine neue Massenbelastung für die Menschen in unserer Stadt darstellen, sondern soll letztlich von den Unternehmen eingehoben werden, die davon, nämlich vom öffentlichen Verkehr und der Anbindung, auch profitieren.

Und wenn ein Unternehmen nicht mehr in der Lage ist, beispielsweise einen Euro für jeden Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin in der Woche aufzuwenden, damit diese schnell und günstig zur Arbeit und wieder nach Hause kommen, dann meine ich, dann läuft wohl etwas anderes in diesem Unternehmen schief.

Sie sehen also, die KPÖ hat sehr wohl auch Bedeckungsvorschläge, die KPÖ hat auch immer wieder Vorschläge eingebracht, die gehen in Richtung von Vermögenssteuern, in Richtung von Erbschaftssteuern, das ist natürlich auf Bundesebene angesiedelt, aber zu sagen, die KPÖ verspricht nur, die KPÖ fordert nur, ist meines Erachtens definitiv falsch. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

## **SPÖ**

### **Gemeinderätin Waltraud H A A S - W I P P E L**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne!

Die Budgeterstellung für 2013/2014, das wissen Sie alle, war alles andere als einfach, es fand diese Erstellung unter besonders schwierigen Rahmenbedingungen statt. Es besteht ein großer Konsolidierungsbedarf, den man nur gemeinsam und konstruktiv bewerkstelligen kann. Deshalb haben wir uns in Graz einen Weg gewählt, der eine Analyse aller Leistungen und Investitionen beinhaltet und genau beleuchtet, abwägt und auch Dinge in Frage stellt. Da kommt es natürlich auch zu einem Zurückstellen von Wünschen und Begehrlichkeiten.

Dieser eng eingehaltene finanzielle Rahmen setzt die Bereitschaft des Miteinanders voraus, ein Miteinander trotz ideologischer Unterschiede. Wir wollen und werden gemeinsam über Prioritäten und über die daraus resultierenden Projekte entscheiden. Wir als SPÖ sind bereit, uns dieser Herausforderung und dieser Verantwortung zu stellen.

Denn wir alle wissen: Budgets geben Auskunft über die wesentlichen Fragestellungen nach Aufgabe, Bedeutung und Verantwortlichkeit der Politik. Mit unseren Budgetentscheidungen definieren wir Wertehaltungen, politische Positionen und Ideologien und legen gleichsam ein Zeugnis ab über das Gesellschafts- und über das Menschenbild.

Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es um eine Synthese zwischen den berechtigten Anliegen einer im Wettbewerb stehenden verantwortungsbewussten Wirtschaft und den notwendigen Antworten auf die zunehmende Bedrängnis und die Sorgen der Menschen. Daher muss der soziale Zusammenhalt der Menschen auch der Maßstab aller Überlegungen sein (*Applaus SPÖ*).

Es braucht eine soziale, eine menschliche, eine gerechte Politik – alle Grazerinnen und Grazer haben ein Anrecht auf eine Stadt, auf die sie sich verlassen können, auf eine Stadt, die ihre Aufgaben wahrnimmt und auf eine Stadt, die ihnen Sicherheit bietet.

Und wir SozialdemokratInnen sehen darin eine der wesentlichen Aufgaben, nämlich soziale Gegensätze Schritt für Schritt zu reduzieren und damit allen Menschen ein Mehr an sozialer Sicherheit, an Lebenschancen und an Lebensqualität zu geben (*Applaus SPÖ*). Denn auf Dauer können wir gesellschaftlichen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum für alle nur dann sichern, wenn es uns gelingt, die soziale Balance zu erhalten und zu gewährleisten.

Und ich bin sehr froh darüber, dass sich ÖVP, SPÖ und FPÖ darauf verstanden haben, die sozialen Standards in unserer Stadt zu erhalten und fördern zu wollen.

Denn gerade im Bereich Soziales, der so nah an den Grundbedürfnissen der Menschen ist, können wir durch dieses Budget weitere Schwerpunkte setzen.

Gerade dann, wenn Menschen der Solidarität der Gemeinschaft bedürfen, gerade dann, wenn wir verhindern wollen, dass diese Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, muss die Politik handeln und für jene eintreten, die oft unverschuldet und ungewollt prekären Lebenssituationen ausgesetzt sind (*Applaus SPÖ*).

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen, bedeutet mutiges und verantwortungsvolles politisches Handeln und es geht hier nicht nur um Lebenschancen und Schicksale von Menschen, sondern es steht letztlich der soziale Friede auf dem Prüfstein.

In einer sozialen Demokratie werden individuelle Risiken über Umlagen minimiert – und von einer stabilen sozialen und kulturellen Infrastruktur profitieren auch Wohlhabende, die sich nicht bei uns hinter hohen Mauern verstecken brauchen, wie es jetzt schon in anderen Ländern der Fall ist. Der öffentliche Reichtum an kommunalen Einrichtungen, die vernünftige Verteilung der Lebensrisiken Krankheit

und Alter – das sind keine Wohltaten, das ist kein Schutzgeld – sondern es sichert uns allen den sozialen Frieden.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wir initiieren notwendige Reformen, wir tragen sie mit, aber wir fordern immer den Respekt, die soziale Gerechtigkeit und den sozialen Zusammenhalt ein, immer dann, wenn es um die Schwächeren in unserer Gesellschaft geht – denn wir wollen für Graz eine Gesellschaft, in der Wohlstand, soziales Ansehen, Lebenschancen und die Möglichkeit, ein sinnerfülltes Leben zu führen, gerecht verteilt sind (*Applaus SPÖ*).

Deshalb gibt es Schwerpunktsetzungen in unserem Budget, im Sozialbereich, im Familien- und Jugendbereich, im Bereich der Geriatrie und diese Schwerpunkte sind ein klares Zeichen gegen den Abbau des Sozialstaates, sie sind ein klares Zeichen gegen die soziale Kälte, die sich rundherum ausbreitet und verströmt wird von denen, die nur in wirtschaftlichen Kategorien und Kriterien denken und die nicht in sozialen Dimensionen denken.

Und ich bin froh, dass es mit dem gemeinsamen politischen Willen zu einem Bekenntnis gekommen ist, zu einem klaren Bekenntnis, dass die Sozialstandards in dieser Stadt ausgebaut werden. Das heißt für mich: Wer es sich leisten kann, wird einstehen für die anderen, die es sich nicht leisten können.

Deshalb ein Ja von der SPÖ zur Gebührenerhöhungen, aber nicht zu Lasten der Schwächeren.

Und deshalb bekennen wir SozialdemokratInnen uns zur jährlichen Gebührenautomatik – allerdings haben wir erreicht, dass es für jene Haushalte, die diese Gebührenerhöhungen existentiell trifft, eine soziale Abfederung gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gerechtigkeit bedeutet für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, allen Kindern und Jugendlichen Lebens- und Bildungschancen zu ermöglichen, denn das sind die wichtigsten Investitionen in die Zukunft.

Gerechtigkeit bedeutet für uns auch, die Chancen der Frauen auf Erwerbstätigkeit und damit auf ein selbstbestimmtes Leben zu erhöhen.

Es gibt noch immer den typischen Karriereknick bei Frauen durch Kinder und Karenzzeiten, Frauen verdienen noch weniger als Männer, es gibt noch die gläserne Decke für Frauen, trotz bester Ausbildung und Qualifikation.

Und Gerechtigkeit bedeutet für uns auch, Menschen ein Alter in Würde zu ermöglichen. Wenn wir wollen, dass unsere älteren Grazerinnen und Grazer selbstbestimmt alt werden können, wenn wir wollen, dass sie so lange wie möglich zu Hause leben können, dann müssen wir investieren, wir müssen investieren in ambulante Betreuungseinrichtungen, wir müssen investieren in semistationäre und wir müssen investieren in stationäre Einrichtungen, diese ausbauen (*Applaus SPÖ*).

Denn diese Solidarität der Generationen ist der Schlüssel zur Bewältigung des demografischen Wandels. Und wir brauchen weiterhin den Mut, uns diesen Herausforderungen zu stellen, denn das Älterwerden der Menschen darf nicht ausschließlich nach ökonomischen Gesichtspunkten diskutiert werden.

Hoher Gemeinderat!

Die Frage, ob ein Budget gut oder schlecht ist, ist keineswegs immer einfach zu beantworten – die Antwort darüber wird rückblickend die Zukunft geben. Wir alle wissen, dass es eine erfolgreiche, eine verantwortungsvolle Budgetpolitik für die Menschen in unserer Stadt braucht und dass das Doppelbudget ein Finanzrahmen ist. Innerhalb dieses Rahmens wird eine sehr intensive Wertediskussion geführt werden müssen und da beginnt die eigentliche Arbeit und da beginnt der eigentlich politische Diskurs.

Aber eines ist unverrückbar für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Das Sozialbudget der Stadt Graz kann und muss auf kommunaler Ebene Ungleichheiten und Benachteiligungen ausgleichen und korrigieren. Gerade weil die Qualität einer Gesellschaft daran erkennbar ist, wie sie mit ihren Schwächeren und deren Bedürfnissen umgeht, ist es für unsere Stadt und für die Grazerinnen und Grazer ein wichtiges Signal, dass trotz aller Sparerfordernisse die sozialen Angebote für



Menschen in schwierigen Lebenssituationen, für SeniorInnen, für Kinder, für Jugendliche und für Arbeit und Beschäftigung nicht reduziert, sondern finanziell gestärkt werden (*Applaus SPÖ*).

Daher bekennen wir uns zum Konsolidierungskurs, mit Priorität auf einen ressourcenschonenden Budget-Einsatz und auf die gerechte Aufteilung der Finanzmittel, und bei gerechter Aufteilung meine ich die Verteilung zwischen Männern und Frauen, die Verteilung zwischen Jung und Alt und die Verteilung zwischen Menschen, die es schwer im Leben gehabt haben und jenen, die es leichter haben.

Denn wie fragil dieses Zusammenleben sein kann, wird fast täglich medial berichtet, auch aus den Ländern in der europäischen Gemeinschaft.

Deshalb muss vor dem Hintergrund des Budgetdefizits für die Menschen ein Netz der sozialen Sicherheit, Solidarität und Fairness gewoben werden – wenn wir alle auf Dauer in unserer Stadt in Frieden und Wohlstand leben möchten, und das muss uns auch etwas wert sein, und ich glaube, dass es gelungen ist, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen diese gerechte Aufteilung durchzuführen. Und daher werden wir, die sozialdemokratische Fraktion, dem heute vorliegenden Budgetentwurf unsere Zustimmung geben.

Zum Schluss möchte ich mich noch ganz, ganz herzlich bedanken bei allen Mitarbeiterinnen und bei allen Mitarbeitern des Magistrates, im Besonderen natürlich bei der Finanzdirektion, die hervorragende Arbeit geleistet hat, stellvertretend für das Team dem Herrn Finanzdirektor Dr. Kamper und beim Herrn Michi Kicker für die hervorragende Arbeit. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich habe heute nur von einem Geburtstagskind gesprochen, mir war nicht bewusst, dass wir heute auch ein zweites Geburtstagskind haben, und dieses zweite Geburtstagskind ist unser Gemeinderatskollege und auch mein Bundesheerkollege Andreas Fabisch, ich wünsche dir alles, alles Gute und habe für dich auch, glaube ich, durchaus passendes Büchlein, nachdem wir ja ungefähr gleich alt sind. Alles, alles Gute auch dir zu deinem Geburtstag (*allgemeiner Applaus*).

## **FPÖ**

### **Gemeinderat Christoph H Ö T Z L**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, die noch hier sind, hoher Gemeinderat!

Zu vorgerückter Stunde, als gefühlt hundertster Redner zum Budgetvoranschlag 2013/2014 zu Wort zu kommen, birgt für mich natürlich die Gefahr der Wiederholung in sich. In meinen Darstellungen geht es vordergründig darum, Aspekte des gegenwärtigen Voranschlages herauszuheben und sie auch aus dem Blickwinkel der städtischen Wirtschaft zu beleuchten. Gewiss war – mein Parteikollege und Klubobmann Mag. Armin Sippel hat dies bereits detailliert am Vormittag ausgeführt – die Haltung der FPÖ betreffend die Haushaltsplanungen der vergangener Jahre eine konstruktiv-kritische. Diese Haltung behalten wir auch weiterhin bei, sind wir uns doch der Tatsache bewusst, dass auch der gegenwärtige Voranschlag nur ein kleiner Schritt zur Budgetkonsolidierung darstellt. Ein kleiner, aber wichtiger Schritt, wie ich meine, weil er in die richtige Richtung geht.

Erstmals bekennen sich Mitglieder der Stadtregierung offen, wie beispielsweise im Grazer Stabilitätspakt, zur Einhaltung einer Schuldenobergrenze und damit auch zu einem wirksamen Instrument, um die weitere Verschuldung unserer Stadt einzudämmen. Resultierend aus dem ESM und der bereits zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vereinbarten Schuldenbremse ist mit einem Verbot der Neuverschuldung für öffentliche Gebietskörperschaften in absehbarer Zeit bereits zu rechnen. Die selbst auferlegte Schuldenobergrenze von rund 1,3 Milliarden Euro bis zum Jahr 2016/17, zu der sich ÖVP, SPÖ und FPÖ gemeinsam bekennen, ist ein Instrument der politischen Vorsorge. Sie ist auch ein Instrument der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen (*Applaus FPÖ*). Dieser Budgetentwurf ist getragen von vor allem pragmatischen Überlegungen, er trifft Vorsorge für jene Maßnahmen, die aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen oder aber auch aus dem Prinzip der Notwendigkeit zur Erledigung anstehen. Der öffentliche Sparwille auf der

einen und die Interessen privater Handels- und Gewerbetreibender auf der anderen Seite stehen einander bisweilen diametral entgegen. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass ein Miteinander auszuschließen ist, das bringt aber für die politischen Entscheidungsträger durchaus Probleme mit sich. Unter dem Blickwinkel, dass die städtische Wirtschaft der Motor unserer Stadt ist, und neben zahlreichen Abgaben auch Arbeitsplätze sichergestellt werden, gilt es, sich einzubekennen, dass auch ein zu exzessiver Sparkurs ein gewisses Gefahrenpotenzial in sich birgt. Die Stadt als Auftraggeber für wirtschaftliche Unternehmungen, die Stadt als Bereitsteller jedweder Form von Infrastruktur muss sich auch ihrer Rolle als Wirtschaftsförderer bewusst sein. Wenn nun einzelne Parteien darangehen wollen, soziale Träume und Wunschvorstellungen zu realisieren, dann müssen sich gerade diese Parteien der Tatsache bewusst sein, dass diese Maßnahmen Geld kosten, Geldmittel, die an anderer Stelle sodann wiederum fehlen werden. Ich habe gerade bei – und nennen wir das Kind beim Namen – bei der KPÖ den Eindruck, dass ihre Geschenks- und Klientelpolitik im Vordergrund steht, dass aber jene Geldmittel, die zur Umsetzung dieser Maßnahmen notwendig sind, einfach als vorhanden angesehen werden. Das ist ein fundamentaler Irrtum, der ebenso offenkundig wie schwerwiegend ist (*Applaus FPÖ*). Hierbei fällt auf, dass sich die KPÖ seit der Gemeinderatswahl 2012 noch nicht zu der Frage geäußert hat, woher die Geldmittel eigentlich für ihre Ideen und Vorstellungen letztendlich kommen sollen. Auch im Finanzausschuss ist darüber geredet worden und da ist auch kein Bedeckungsvorschlag gekommen. Lest ihr die Protokolle nach, du pass auf, weil du kannst lernen auch noch was. Man spricht sich kategorisch gegen jedwede Art von Gebührenerhöhungen, ja sogar gegen Indexanpassungen aus, möchte aber gleichzeitig das Leistungsvolumen der Stadt Graz im sozialen Bereich weiter ausdehnen. Dieses nicht unbedingt nachhaltige Wirtschaftssystem hat bereits die DDR und auch die UdSSR an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruches geführt. Gerade hier habt ihr die besseren Informationen noch oder die besseren Zugriffe oder Kontakte.

Wir halten also fest, dass die Stadt Graz bei der Erledigung ihrer Aufgaben selbst gesetzte finanzielle Grenzen nicht überschreiten darf. Sie muss dabei gesetzliche

Verpflichtungen erfüllen, hat ein bestehendes Sozialsystem zumindest in großen Zügen aufrechtzuerhalten und soll auch der städtischen Wirtschaft tatkräftig unter die Arme greifen. Wollte man bei diesem Vorhaben ohne inhaltliche Beschränkung, ohne die Bereitschaft, das Notwendige vom Luxus zu trennen, vorgehen, so würde dies dem Versuch gleichkommen, die Quadratur des Kreises vollziehen zu wollen. Es ist daher ein Gebot der Vernunft, dass sich vor allem ÖVP, SPÖ und FPÖ bei gegenwärtiger Budgeterstellung an einer rigorosen Schwerpunktsetzung orientieren mussten. Zurückkommend zur Ausgangslage, die städtische Wirtschaft verstärkt unterstützen zu wollen, kann ich mich einer kritischen Zustandsanalyse nicht verweigern. Gerade Klein- und Mittelbetriebe im Handelssegment finden sich in Graz vor großen, teils unbewältigbaren Problemfeldern wieder. Eine große Dichte an Einkaufszentren im Grazer Umland stellt für zahlreiche Handelsbetriebe eine starke Konkurrenz dar. Hinzu kommt eine verkehrstechnische Erschließung, die das Einkaufen in der Grazer Innenstadt nicht gerade erleichtert. Während zahlreiche Einkaufszentren mit entsprechenden Parkmöglichkeiten ausgestattet sind, können städtische Handelsbetriebe mit diesem Vorzug leider nur selten aufwarten. Es bleibt also festzuhalten, dass gerade hier aufgrund sträflicher Vernachlässigung seitens der Politik der vergangenen Jahre ein Missverhältnis hergestellt wurde, das einseitig zu Lasten der Handels- und Gewerbebetriebe der Stadt Graz geht. Danke, Lisa Rücker, danke für fünf Jahre wirtschaftsfeindlicher grüner Verkehrspolitik (*Applaus FPÖ*). Ich sehe in der Arbeit der gegenwärtigen Stadtregierung erstmals den Versuch, dieser Problemstellung wirksam zu begegnen. Beispielgebend sei angeführt, dass mit dem Versuch, die öffentlichen Verkehrsmittel in der Grazer Innenstadt für die Fahrt von jeweils zwischen Jakominiplatz und Hauptplatz plus einer Station gratis zur Verfügung zu stellen, ein wirksames Instrument vorliegen könnte, um die Innenstadt als Wirtschaftsstandort zu beleben (*Applaus FPÖ*). City-Shopping statt Shopping-City – so lautete bereits ein Vorschlag der Grazer FPÖ in ihrem Wahlprogramm für die Gemeinderatswahl. Die daraus resultierenden positiven Effekte dienen der Belebung der Wirtschaft und könnten auch zur verstärkten Ansiedlung weiterer Betriebe in der Grazer Innenstadt führen. Die aus diesem Umstand lukrierten Abgaben und zu

erwartenden Arbeitsplätze werden gewiss ihren positiven Effekt auch auf das Grazer Budget der kommenden Jahre haben.

Nicht zuletzt gilt es auch der Erreichbarkeit unserer Stadt ein entsprechendes Maß an Aufmerksamkeit zu schenken. Die Belebung des Grazer Flughafens, der Versuch, weitere Fluglinien zur Direktverbindung mit unserer Stadt zu bewegen, ist auch in diesem Bereich ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ebenso sollte eine Intensivierung des Bahnverkehrs angestrebt werden. Es bleibt also die Conclusio, dass neben einer effektiven und sparsamen Haushaltsführung auch die Belebung der Wirtschaft positive Effekte auf den städtischen Haushalt hat. Neben dem einen Extrem des fahrlässigen und geradezu verschwenderischen Wirtschaftens gibt es aber auch noch das negative Phänomen des Kaputtsparens. Der vorliegende Haushaltsentwurf 2013/2014 stellt den ersten Schritt auf dem zugegeben schmalen Pfad zwischen diesen beiden Extremen dar. Gezielte Impulse auf der einen Seite stehen dem Prinzip der Sparsamkeit und der Budgetkonsolidierung auf der anderen Seite gegenüber. Beide Grundsätze sollen einander hierbei die Waage halten und uns am Ende des Weges, wenn auch erst in Jahrzehnten, an einen Punkt führen, an dem es kommenden politischen Generationen ermöglicht wird, auch Projekte umzusetzen, die über das Maß der unbedingten Notwendigkeit hinausgehen. Wir sind gegenwärtig gewiss gezwungen, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen und Maßnahmen zu setzen, die bisweilen als schmerzlich empfunden werden können. Ich halte aber fest, dass gerade die FPÖ Graz vor diesem Umstand seit mindestens zehn Jahren gewarnt hat, dass wir aber dennoch bereit sind, trotz fehlender Ursächlichkeit unserer Partei den Weg der Budgetkonsolidierung mitzubeschreiten und hierbei auch Verantwortung zu übernehmen (*Applaus FPÖ*). Wir wollen keine Versprechen abgeben, die künftige Generationen finanziell belasten, wir wollen nicht für das Wohlwollen im Augenblick werben, wir wollen über die nächste Wahl hinaus einen zukunftssträchtigen Weg bereiten. Wir verteilen keine Geschenke, wir bieten Lösungen. Das ist der freiheitliche Weg, das ist der Weg, der aus diesem Stabilitätspakt resultiert (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf jetzt wieder alle Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie begrüßen, im Speziellen die Jugend, die jetzt auch dabei sein wird, wenn wir das größte Budget, das wir jemals beschlossen haben, heute auch beschließen werden. Herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).

## **GRÜNE**

### **Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Daniela G R A B E**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie mein Kollege Gerhard Wohlfahrt schon ausgeführt hat, werden wir dem Budget nicht zustimmen und das hat einige Gründe, auch wenn einige der Punkte, wie er auch ausgeführt hat, zeigen, dass ein bestimmter Konsolidierungskurs, den auch wir vor fünf Jahren gestartet haben, sehr wohl noch fortgesetzt wird, gibt es einfach einige Aspekte, die uns das nicht möglich machen, dieses Budget zu unterstützen.

Ein Punkt ist ohnehin schon jetzt ausführlich diskutiert worden, diese Parteienförderungserhöhung um fast 50 %, wo ich jetzt gar nicht auf diesen absurden, lächerlichen Vorschlag von Abänderungsantrag vom Kollegen Harry Pogner eingehen möchte...

### ***Zwischenrufe unverständlich.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Ich spreche nicht von unserem Vorschlag, sondern ich glaube, dass es für die Jugendlichen oben sicher ein gutes Bild macht, wenn ihr mich ausreden lässt, weil ich jetzt hier am RednerInnenpult bin. Die verstehen sicher nicht, wenn du die ganze Zeit hineinkeppelst, also. Zur Erläuterung für euch oben, in dem Vorschlag des Budgets von SPÖ, ÖVP und den Freiheitlichen ist bei sonstigen Kürzungen in bestimmten anderen Bereichen eine Erhöhung der Parteienförderung von zirka 50 % dabei. Das ist etwas, was wir kritisieren, was die KPÖ kritisiert und was der Pirat auch kritisiert hat und der lustige bummelwitzige Vorschlag vom Kollegen von der ÖVP vorhin war, na wenn wir doch sagen, dass das Geld besser für sinnvolle Dinge zweckgewidmet werden soll, wie zum Beispiel für diese SozialCard, wie zum Beispiel



für Maßnahmen gegen Hochwasserschutz, ist der oberwitzige Vorschlag der ÖVP gekommen, na dann machen wir doch gleich für euch einen Abänderungsantrag, ihr seid verdonnert zu spenden für Projekt X, die anderen für Projekt Y, die Dritten für Projekt was auch immer, und die Damen und Herren von der ÖVP, von den Sozialdemokraten und von den Freiheitlichen, na no na, bedienen sich ungeniert weiter an diesen Steuermitteln, die anderen sollen spenden und sie selber kassieren es für sich (*Applaus Grüne*).

***Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Nehmt es doch nicht.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe:** So ist der Umgang mit Steuergeldern von einigen hier im Gemeinderat. Es ist sehr leicht, anderen gute Ratschläge zu geben und sich selber dann trotzdem noch zu bedienen, ich würde einmal darüber nachdenken, was das für eure Einstellung gegenüber öffentlichen Geldern, für eure Einstellung zur Fairness usw. ist. Wie gesagt, ich habe gedacht, dass es hier ein Prinzip gibt, dass man hier vorne am RednerInnenpult reden darf, dass die Zwischenrufe qualifizierterweise erlaubt sind, unqualifiziert wohl nicht. Ich setze aber fort und erläutere die weiteren Punkte, warum wir dem Budget nicht zustimmen können. Dass ihr euch so aufpudelt bei der Frage Parteienförderung zeigt offenbar ja auch nur, wie sehr man da genau in eine Wunde sticht und bohrt, sonst würdet ihr euch nicht so wehren

***Zwischenruf GR. Rajakovics: Ihr regt euch auf und nehmt es doch.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Gehen wir weiter zu sachlichen Dingen. Wir stimmen dem Projekt nicht zu, nicht weil der Gemeinderat Rajakovics wieder hineinkeppelt, sondern wegen fehlender Projektkonkretisierungen. Ihr habt zwar bei euren Budgetreden gesagt, es seien so konkrete Schwerpunkte drinnen, zeigt uns die einmal, im Budget selber ist es wenig ersichtlich. Ich gehe nachher im Detail auf Punkte in der Subventionsliste ein. In etlichen dieser Bereiche ist es eben nicht ersichtlich, für euch vielleicht, die ihr das ausverhandelt habt, aber wenn große Posten drinnen stehen mit verschiedenen Vereinen, verschiedene Unternehmungen, woher soll man wissen, was da sich dahinter verbirgt?

Ein anderer großer Punkt, der auch schon einige Male diskutiert worden ist, alles was dieses Investitionsprogramm für zum Beispiel die ersten 100 Millionen betrifft, wieso ist es euch nicht gelungen, da bereits Schwerpunkte festzulegen? Wir haben das vor fünf Jahren damals noch mit einer ÖVP, die von Aufbruch und neuem Regieren gesprochen hat, sehr wohl geschafft. Natürlich war das mühsam, natürlich gibt es völlig unterschiedliche Zielsetzungen, was man mit den verfügbaren Mitteln machen will, aber es war uns damals wichtig, dass konkret festgelegt wird, in welchen Bereichen diese Mittel eingesetzt werden. Bei euch ist eine Summe von 100 Millionen und wer zuerst kommt, wer zuerst ein Projekt einreicht, kriegt das. Was ist das für eine längerfristige Planung, was ist das für eine verantwortungsvolle Planung, wenn jetzt nicht gesagt werden kann, für was ungefähr, in welchen Bereichen diese Mittel verwendet werden? Ist es für Wohnraum, wie es bei uns damals war, ist es für Ausbau für öffentlichen Verkehr, steht nichts dezidiert drinnen. Oder ist es für neue Wohlfühlhäuser, ist das für, mit den Freiheitlichen jetzt im Boot, ist das für neue Sicherheits-, was auch immer, Phantasieprojekte, es steht nicht drinnen und das ist das, was wir kritisieren und weshalb wir diesem Budget auch nicht zustimmen können.

Es gibt Punkte, die in dem Budget in Ordnung sind, die auch den Kurs fortsetzen, den wir damals begonnen haben, dass der Saldo der laufenden Gebarung möglichst im positiven Bereich gehalten wird usw. Um Überschüsse zu haben für andere sinnvolle Investitionen, aber sicher keine Überschüsse, um damit Parteiförderung in die Höhe

schnellen zu lassen und in anderen Bereichen wie Mobilitätscheck oder sonst etwas, angeblich kein Geld dafür zu haben. Das ist einer der Gründe warum wir dem nicht zustimmen können.

Ein weiterer Punkt ist das, was wir nennen fehlende Transparenz, speziell wenn man sich diese Subventionsliste anschaut. Für uns ist es, es wirkt wie ein Verstecken von Förderungen. Wenn ihr euch diese Liste durchschaut, frage ich mich, warum sind die Dinge nicht explizit genannt? Sehr auffällig ist es uns gekommen im Integrationsbereich. Ich glaube nicht, Detlev Eisel-Eiselsberg, in deinem Bereich, dass du diese Dinge nicht mehr fördern wirst, nur es steht explizit nicht drinnen. Was hat es damit auf sich mit den Medienberichten, das sei deswegen nicht drinnen, weil sonst die Freiheitlichen solchen Gutmenschprojekten nicht zustimmen würden oder was? Wieso steht das nicht drinnen? Das ist genau das, was ich mir erwartet habe und das ist genau der Punkt, warum wir nicht zustimmen. Wenn uns jetzt versichert wird, ohne dass es Schwarz auf Weiß drinnen steht, es werden doch eh Feinstaubdinge gemacht, es werden doch eh Integrationsmaßnahmen gemacht, es werden doch eh Frauenförderungsdinge gemacht und ich höre im selben Atemzug von eurem Koalitionspartner, dem werden wir sicher nicht zustimmen, wie, bitte, soll das gehen, wie soll das gehen, wenn du im Genderbereich eine konkrete Projektförderung dann im Stadtsenat oder wo auch immer zur Bewilligung vorlegst, glaubst du wirklich, dass diese Genderverächter dem zustimmen werden.

***Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Weil wir keine Koalition haben.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe:** Aha, das ist dann das gemeinsame Stabilitätspaktbudget, großartig. Ihr sprecht vom Stabilitätspakt und nur weil stabil draufsteht, soll stabil auch drinnen sein. Ihr könnt nicht einmal jetzt sagen, ihr wisst jetzt schon, dass es Beschlüsse gibt, die ihr nicht gemeinsam durchbringt, was ist denn das für eine

Budgetmehrheit (*Applaus Grüne*)? Herr Bürgermeister, ich bitte nachher bei Ihrer Wortmeldung um eine Erläuterung, was an diesem Stabilitätspakt stabil ist.

Ein weiterer Bereich, wenn ich jetzt sehe, auch bei Ihnen in Ihrem Ressort. Warum steht bei der Subventionsliste „Verschiedene Unternehmungen“ 300.000 Euro, Verschiedene „Vereine“ 145.000 Euro, dann „Verschiedene Vereine, internationale Beziehungen“ 165.000 Euro, was ist das, ich glaube jetzt nicht, dass dort üble Dinge sich verbergen, aber es wäre durchaus, wenn wir das beschließen sollen, angebracht, dass drinnen steht, für was die Förderungen sind.

Ich meine, es gibt einige Bereiche, die ich davon ausnehme. Immerhin im Jugendamt ist auch erfreulicherweise ausgewiesen, dass bei den Jugendzentren eine Erhöhung ist. So stelle ich mir das vor, dass man sieht, für was gibt es welche Subventionsentwicklungen, ist aber eben nicht in jedem Bereich der Fall.

Im Frauenbereich nehme ich erfreulich zur Kenntnis, dass das Frauenservice eine Erhöhung bekommt und die Stelle der unabhängigen Frauenbeauftragten wieder abgesichert ist, wobei ich jetzt denke, das war sehr viel auch Verdienst von der Frauenbeauftragten selber und unserer konstruktiven Zusammenarbeit bei dem Haus- Graz-Projekt der letzten fünf Jahre. Ich hoffe auch, dass sich das widerspiegelt in einer Verlängerung des Fünf-Jahres-Vertrages, wenn der 2014 ausläuft. Aber was ist mit den anderen Frauenprojekten, wo ist da der, ich weiß nicht, ob du gesagt hast, Frauenschwerpunkt ist bei den Förderungen, keinen Frauenschwerpunkt, wenn die bisherigen Subventionen gleich fortgeschrieben werden, vielleicht ist die Nichtkürzung schon der Fortschritt, weiß ich nicht. Aber wie gesagt, das für mich nicht am wenigsten Nachvollziehbare ist, dass offenbar, so wirkt es zumindest, all die Punkte, die vorher ISOP Deutschkurse, Jugendarbeit, externe Hauptschule, Caritas, Deutschkurse und Lerncafés, Zebra, Familienarbeit, OMEGA usw., dass die nicht mehr aufscheinen, sondern sind die jetzt versteckt unter „Verschiedene Vereine“ 508.000 Euro oder nicht? Wir sollen es beschließen, das heißt, es wäre durchaus ein...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Gut, dann nehme ich das zurück, indem Fall, haha. Mein Gott, noch nie einen Fehler gemacht, noch nie einen Fehler zugegeben? Ok, dann nehme ich den Punkt zurück, in den anderen Bereichen gilt es nach wie vor, dass etliche Dinge nicht ausgewiesen sind und ich das nicht verstehe und ich nicht verstehe, wieso wir zustimmen sollen, wenn nicht ersichtlich ist, für was genau das verwendet wird. Für was werden die 100 Millionen bei den Projektinvestitionen verwendet (*Applaus Grüne*)? Sprich, unterm Strich, wo sind eure Schwerpunkte, von denen ihr sprecht? Mündlich sind sie nachgereicht worden. Stadtrat Rüschi hat es in seiner Budgetpräsentation erwähnt, Feinstaubmaßnahmen usw. Wo bitte sind sie im Budget zu finden, wie sollen wir dem glauben, wenn ihr jetzt schon so zu keinen Mehrheiten findet und auch schon sagt, dass ihr unterschiedlich bei den weiteren Beschlüssen abstimmen werdet? Wo ist die Garantie, dass tatsächlich dann Maßnahmen für sanfte Mobilität, ÖV-Ausbau gemacht werden, wenn die Freiheitlichen bisher nie in dieser Richtung aktiv waren, wo ist die Garantie, dass es Integrationsprojekte gibt, wenn die Freiheitlichen bisher bei jedem Stück, wo es darum gegangen ist, auch den Muttersprachenunterricht von Kindern zu fördern, vehement dagegen agiert haben und abgestimmt haben? Also dieses mangelnde Zutrauen, dass ihr die 100 Millionen Euro tatsächlich so ausgeben, wie das zwischendurch bei den Reden mit sinnvollen Schwerpunkten angesprochen worden ist, diese Garantie gibt es nicht, dieses Vertrauen in euren sogenannten Stabilitätspakt haben wir eben nicht. Und aus diesem Grunde können wir dem Budget nicht zustimmen. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin Grabe! Vielleicht gleich zwei Antworten, um das vielleicht ein bisschen aufklären zu können. Nachdem Sie mich auch so unmittelbar gefragt haben. Um Stabilität gewährleisten zu können, auch bei einer solchen Breite einer neuen Regierungsverantwortung von SPÖ, FPÖ und der ÖVP, ist es selbstverständlich so, dass wir nach einem Weg gesucht haben, wie wir in Graz weiterhin vieles ermöglichen können, und selbstverständlich kann man keine Fraktion in Geiselnhaft nehmen und sagen, anlässlich des Budgets muss ich allem, was da im Laufe des Jahres kommen wird, zustimmen. Und wenn wir bei den von Ihnen aufgezählten Quasi-Unsicherheiten oder Budgetpositionen die Zustimmung der FPÖ bekommen haben zu sagen, wir tragen das Gesamtbudget mit, aber es wird im Stadtsenats dann Entscheidungen geben, dann hoffen wir auf die Zustimmung, selbstverständlich auch von Frau Stadträtin Rücker und Frau Stadträtin Elke Kahr, weil dann kann man, auch wie bisher, gewisse Förderungen leisten, die auch bisher von der FPÖ nicht getragen wurden. Das heißt, wir haben einen Weg so gefunden, wie es möglich sein wird, dass auch in Graz ein möglichst breites Spektrum abgedeckt wird. Und das ist stabiler als vieles andere. Und die andere Geschichte möchte ich da auch noch einmal jetzt sagen. Da vorne liegt ein Abänderungsantrag, den wir nicht einbringen wollen, weil es eure Entscheidung war und ihr uns medial bekanntgegeben habt, dass ihr mit Parteienförderungen in der Höhe keine Freude habt. Ihr könnt euch sogar vorstellen...

***Zwischenruf unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Moment, das ist ein ganz ein wichtiger Punkt, es gibt jetzt die Möglichkeit, ihr habt angekündigt und gesagt, wir würden dieses Geld, dieses Mehr als bisher lieber einem Zweck zur Verfügung stellen. Dann haben wir gesagt, auch das

können wir tun, weil das, was hier beabsichtigt, ist im Schutzmantel derjenigen, die das Budget mittragen, nachher die Förderungen erst recht abzuholen. Wenn man etwas medial ankündigt, könnte man heute gleich den Abänderungsantrag einbringen und eben sagen, dieses Mehr an Geld, das die Grünen ja jetzt holen können, widmen sie heute schon der SozialCard, so wie sie es angekündigt habt und das....

*Zwischenrufe unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Und noch einmal, die drei Fraktionen haben die Höhe festgelegt, die im Übrigen gleich hoch ist, wie die im Lande Steiermark. Pro Wahlperson gibt es den Beitrag von 11 Euro, so setzt sich die Summe zusammen, es gibt ein neues Transparenzgesetz und wir möchten, dass weiterhin, das ist für die Jugend vielleicht auch wichtig, auch die öffentliche Hand Parteiensubventionen und Klubförderungen bezahlt, weil wenn das nicht der Fall ist, dann werden unter Umständen Fraktionen auch Parteispenden entgegennehmen, wo sie später abhängig sind. Und das wollen wir nicht und deswegen stehen wir dazu, das ist alles (*Applaus ÖVP, SPÖ und FPÖ*). Und jetzt hat jede Fraktion zwei Möglichkeiten, entweder sie sagt gleich das, was sie angekündigt hat, dann wird es gleich umgewidmet, dann brauchen wir gar nicht länger weiterreden oder man fordert diese Gelder dann nicht ein. Sie müssen ja abgerufen werden und dann sind wir ja gespannt, ihr werdet ja dann wahrscheinlich Geld abrufen oder die gleiche Summe Geldes, dann würde ich nur sagen, wäre es Heuchlerei, vorher dagegen zu wettern und nachher gleich das Geld zu holen (*Applaus ÖVP, SPÖ und FPÖ*). Wir haben alle Möglichkeiten eröffnet.

***Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Grabe: Offenlegen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, es gibt eine neue Transparenzregel, es ist offengelegt, wir haben es für das Jahr 2012 auch schon abgegeben, das ist im Übrigen etwas, was im Nationalrat auch mit den Stimmen der Grünen beschlossen worden ist. Wir haben ein neues Transparenzgesetz, ich weiß gar nicht, wo die Aufregung herkommt. Wir haben nichts zu verbergen, wir wollen haben, dass künftig niemand was zu verbergen hat und es braucht die Demokratie auch Fördermittel für die politischen Parteien. Wir bekennen uns dazu, ihr nehmt die Gelder ja jährlich auch, ihr könnt es jetzt gleich spenden, also die Unterschrift ist heute möglich oder später nicht abholen (*Applaus ÖVP, SPÖ und FPÖ*).



## **PIRATENPARTEI**

### **GR. Philip PACANDA**

Ich möchte mich eigentlich bedanken für die Idee, die uns jetzt nicht sonderlich überrascht eigentlich, das heißt, wir haben natürlich schon vorher darüber diskutiert, was wir machen werden, sollte das erhöhte Budget durchkommen. Ich möchte aber jetzt auf eines hinweisen, erstens ist die Zahl, die Geschäftszahl ist leider falsch drinnen in dem genannten Antrag von uns und was mir jetzt eigentlich aufgefallen, dass ich vorher gar nicht so genau gesehen habe. Netterweise steht da sogar im Antrag drinnen, im Februar 2012 hat sich der Gemeinderat das letzte Mal mit der Thematik Hochwasser beschäftigt. Und davor das letzte Mal anscheinend 2009 und im Jahr 2012 war es im Februar, ist es da eigentlich um eine Erweiterung um einer Millionen gegangen.

Also wie gesagt, in der Richtung sind wir vorbereitet, dass wir uns Gedanken darüber gemacht haben, was wir tun und im Endeffekt wird es jetzt so ausschauen, wir sind ja basisdemokratisch aufgestellt, das heißt, ich werde im Anschluss an die heutige Gemeinderatssitzung einen Feedback-Antrag einstellen in unser System und dementsprechend die Basis darüber abstimmen lassen, dass wir das dementsprechend machen, wenn die Basis das bei uns bestimmt, werden wir dieses Mehr an Geld dementsprechend entweder diesem Zweck zuführen, vielleicht stimmt die Basis auch ab, dass wir jetzt noch einen besseren Zweck gefunden habe, vielleicht eine andere Idee, die der Basis besser gefällt, kann ich nicht sagen, aber es wird auf jeden Fall basisdemokratisch abgestimmt und ich hoffe, dass wir dann bei der nächsten Gemeinderatssitzung...

***Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Und die Pressemeldung war auch schon basisdemokratisch abgestimmt?***

GR. **Pacanda:** In der Pressemeldung wäre mir nicht bekannt, dass da drinnen steht, dass wir es zur Verfügung stellen. In der Pressemeldung, wenn man sie genau gelesen hat, steht drinnen der Vorschlag, dass sich der Gemeinderat in Graz damit beschäftigt, ob nicht alle Parteien das machen können (*Applaus KPÖ und Grüne*). Weil da möchte ich jetzt die von uns intern, ich weiß nicht, ob es schon durchgedrungen ist, bei uns heißt es, die ostfriesische Koalition Schwarz/Rot/Blau, weil das sind die Landesflaggen von Ostfriesland. Wir hätten heute eine einzigartige Möglichkeit, also so wie es jetzt in dem Vorschlag drinnen steht, betrifft es, wenn die Piraten jetzt das Geld rein für Hochwasserschutz ausgeben würden, wären das 15.000 Euro, die in den Hochwasserschutz in Graz hineinfließen könnten, die Koalition hätte die riesengroße Möglichkeit, heute eigentlich diesen Betrag zu ver Hundertfachen, das muss man sich auch auf der Zunge zergehen lassen. Also wir könnten daraus sozusagen 1,5 Millionen Euro machen, das wäre dann eigentlich mehr sogar, als im Beschluss 2012 noch zusätzlich ermöglicht worden ist.

***Zwischenruf GR. Rajakovics: Wir müssen 80 Millionen in den Hochwasserschutz zahlen, wir reden nicht von 15.000 Euro.***

GR. **Pacanda:** Es wäre die spannende Frage, wie hoch die Schäden sind, die in letzter Zeit, im heurigen Jahr und im vorigen Jahr wieder entstanden sind, die Tiefgaragen, die unter Wasser stehen, es ist, glaube ich, die Schadanzahl oder die Kosten, die da hier entstehen auch dementsprechend hoch, die zwar nicht wir tragen müssen, also die weder der Gemeinderat tragen muss, weil er nicht dafür zuständig ist wahrscheinlich oder auch nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann, aber die Menschen, die dort unter Wasser stehen, haben definitiv ein Problem und nicht nur ein Problem, dass sie kaputte Sachen haben, sondern auch das Problem, dass sie

versicherungstechnisch da in eine gewisse Rue de Gack kommen. Und nicht das Ende der guten Ideen, also ich möchte keine blöde Idee züchten für die ÖVP, also nicht, dass jetzt die ÖVP vielleicht auf die blöde Idee kommt oder gute Idee, weiß ich nicht, eine Bürgerbefragung zu machen und vielleicht in der Bürgerbefragung abzufragen, ob alle Parteien dieses Mehr an Geld möglicherweise spenden könnten. Wäre vielleicht eine lustige Fragestellung auch für eine Bürgerbefragung. Dankeschön (*Applaus KPÖ und Grüne*).